

Knobloch · Widdau

Was ist und was soll Political Correctness?

[Was bedeutet das alles?]

Jörn Knobloch

Christoph Sebastian Widdau

**Was ist und was soll
Political Correctness?**

Reclam

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44 b UrhG ausdrücklich vor. Jegliche unbefugte Nutzung ist ausgeschlossen.

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 14494

2024 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Druck und Bindung: Esser printSolutions GmbH,

Untere Sonnenstraße 5, 84030 Ergolding

Printed in Germany 2024

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-014494-7

www.reclam.de

Inhalt

- 1 Zur Sache 7
- 2 Geschichte und Begriff 21
- 3 Political Correctness und Politische Philosophie 35
- 4 Political Correctness und politische Kultur 57
- 5 Erfolg und Krise des Liberalismus 79
- 6 Wie weiter? 85

Anmerkungen 101

Literaturhinweise 102

Zu den Autoren 104

1 Zur Sache

Pippi Langstrumpf, die Heldin aus den Kinderbüchern der Schriftstellerin Astrid Lindgren (1907–2002), nennt ihren Vater »Negerkönig« (»negerkung«). Darf sie ihn so nennen? Oder sollte sie ihn beispielsweise als »Südseekönig« bezeichnen, wie es seit Längerem in deutschsprachigen Ausgaben der Fall ist, weil diese Bezeichnung als unproblematisch gilt?

In der deutschen Hauptstadt Berlin wird seit Jahren darum gestritten, ob die im Bezirk Mitte liegende »Mohrenstraße« umbenannt werden soll oder nicht. Einige halten den Begriff des »Mohren« für ein Relikt rassistischen und kolonialistischen Gedankengutes, das zu tilgen ist. Muss man also die Straße umbenennen? Oder sollte der altbekannte Name erhalten bleiben?

In einigen liberalen Demokratien wird darüber diskutiert, ob Statuen von historischen Persönlichkeiten, deren Handlungen und Einstellungen heute als verwerflich gelten, aus der Öffentlichkeit entfernt werden sollen. Müssen öffentliche Plätze und Gedenkstätten umgestaltet werden? Oder sollten die Statuen unangetastet bleiben, weil sie und die Dargestellten Teil der eigenen, wie auch immer gearteten Geschichte sind, an die es zu erinnern gilt?

An der Europa-Universität Flensburg wurde im Sommer 2023 darüber diskutiert, ob die kurz zuvor erfolgte Entfernung der Gartenplastik »Primavera« aus einem Gebäude der Hochschule angemessen sei. Fritz Durings (1910–1993) Skulptur stellt eher abstrakt eine unbekleidete Frau dar, die, so deren Kritiker, ein Frauenbild repräsentiere, das den gesellschaftlichen Wertvorstellungen der Universität nicht

entspricht. Der Gleichstellungs- und Diversitätsausschuss der Universität hatte erfolgreich beantragt, »Primavera« umzustellen. Ist der Abbau Beleg für eine angemessene Sensibilität oder für eine unangemessene Überempfindlichkeit?

Der Aufklärungsphilosoph Immanuel Kant (1724–1804) wird inzwischen von einigen als Rassist bezeichnet. Ist in Neuausgaben seines Werkes immer deutlich darauf hinzuweisen, dass dann, wenn man aktuelle normative Maßstäbe heranzieht, Kant (geht man nach einigen Äußerungen aus seiner Frühzeit) Rassist war? Oder wäre es akzeptabel, auf diesen Kommentar zu verzichten? Oder sollte man ihn als eine Fußnote setzen, weil er für die Analyse von Kants Philosophie letzten Endes womöglich nur nebensächlich ist?

Ein letzter Fall: Im Mai 2023 trat der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (*1972) aus der Partei Bündnis 90 / Die Grünen aus und legte sein Amt für einen Monat nieder, nachdem er in einer Veranstaltung den Begriff »Neger« (heute meist umschrieben als »N-Wort«) benutzt hatte und dafür heftig kritisiert worden war. Die Erwähnung eines Begriffs, der im deutschen Sprachraum noch vor Kurzem gebräuchlich war und heute tabuisiert ist, erhitzte die Gemüter. Erfuhr der Politiker angemessene Reaktionen auf die Nennung?

Dies sind wohlbekannte Fälle, an denen exemplarisch gezeigt werden kann, wie in liberalen Demokratien wie der Bundesrepublik Deutschland um politisch korrektes Sprechen und politisch korrektes Darstellen gerungen wird – oft erbittert, unversöhnlich, sogar feindselig.

Diese Fälle, die mit dem öffentlichen Sprechen über et-

was, dem öffentlichen Bezeichnen von etwas, der öffentlichen Darstellung und Zurschaustellung von etwas und der Frage nach der politisch relevanten moralischen Angemessenheit des Sprechens, Bezeichnens, Darstellens und Zurschaustellens zu tun haben, gelten als Fälle von Political Correctness.

In ihnen geht es um Kontroversen darüber, wie man etwas auszudrücken hat; wie man sich ausdrücken darf und soll; was man öffentlich sagen und zeigen darf und was nicht; ob und wie man dies in der Gesellschaft regeln darf und soll. In all diesen Fällen wird darum gestritten, wie die Angemessenheit des öffentlichen Gebrauchs von Begriffen, Ausdrücken und Symbolen zu bestimmen und ihr Gebrauch zu regeln ist.

Worum es geht

Entsprechende Regeln legen Rahmenelemente öffentlicher Diskussionen und Darstellungen fest. Anders ausgedrückt: Mit ihnen werden Diskussionen und Darstellungen normiert. Solche Normierungen werden sowohl von ihren Gegnern als auch von ihren Befürwortern unter dem Begriff der Political Correctness gefasst.

In seiner wechselvollen Geschichte wurde der Begriff »Political Correctness« selbst zu einem Kampfbegriff. Heute wird der zwischen gesellschaftlichen und politischen Lagern hin- und hergespielte Begriff häufig und vermutlich zumeist von Gegnern der Political Correctness aus dem rechten politischen Spektrum verwendet, jedoch nicht nur von ihnen.

Das Hauptanliegen von Vertretern der Political Correctness besteht darin, zu normieren, wie man sich öffentlich äußern darf und wie man sich äußern soll, um allen Diskursteilnehmenden als solchen gerecht zu werden und nicht politisch diskriminierend zu sprechen und zu handeln oder jemanden auszuschließen bzw. zu exkludieren. Es geht um den Schutz von Minderheiten und um den Schutz Marginalisierter.

Regeln der Political Correctness sind aus der Sicht derjenigen, die sie aufstellen, solche, an die man sich halten muss, wenn man sich moralisch angemessen am öffentlichen Diskurs beteiligen möchte.

Regeln der Political Correctness sollen die am gesellschaftlichen Leben und am öffentlichen Diskurs Beteiligten vor Diskriminierungen schützen, damit ihre Position im Dialog nicht von vornherein, also vor jeder inhaltlichen Auseinandersetzung, geschwächt wird und sie nicht abgewertet oder gar erniedrigt werden.

Wie in dem Fall des Tübinger Oberbürgermeisters soll beispielsweise die Regel, den einst gängigen Begriff »Neger« nicht mehr nennen zu dürfen, die rassistische Abwertung von Menschen mit dunkler Hautfarbe verhindern. Mit dieser Regel soll sichergestellt werden, dass Menschen mit unterschiedlichen Hautfarben, also mit physischen Merkmalen, die an sich politisch und moralisch irrelevant sind, aber nicht immer so behandelt werden, im öffentlichen Diskurs gleich geachtet werden.

Bricht man diese Regeln, die nur zum Teil größeren Kreisen, in Gänze oft aber nur Kreisen von Spezialisten bekannt sind, kann es einem widerfahren, nicht nur kritisiert und womöglich juristisch sanktioniert zu werden, sondern

auch, öffentlich auf heftige Ablehnung zu stoßen. Vertreter der Political Correctness können etwa versuchen, die Person, deren Rede und Handlungen sie missbilligen, zu canceln, sie also aus der Öffentlichkeit zu verbannen und zur unerwünschten Person zu erklären.

Ein bekannter Fall ist der der englischen Schriftstellerin Joanne K. Rowling (*1965), der Verfasserin der *Harry-Potter*-Romane: Ihr wird sogenannte Transfeindlichkeit vorgeworfen. Ihre Äußerungen über Transgeschlechtlichkeit lösten teils heftige Reaktionen aus.

Jene, die jemanden direkt oder indirekt diskriminieren oder diskriminiert haben, sollen, weil sie sich nicht an die Regel hielten oder halten, als Regelbrechende bestraft werden. Vertretern der Political Correctness scheint es dabei oft gleichgültig zu sein, wann die Regelbrechenden gelebt haben; unter welchen Umständen sie gelebt haben oder leben; angesichts welcher Konventionen sie gelebt haben oder leben; in welchem Kulturraum sie gelebt haben oder leben.

Hochproblematisch und kompliziert wird es, wenn Menschen mit dunkler Hautfarbe sich selbst bewusst als »Neger« oder, schlimmer noch, als »Nigger« bezeichnen. Denn diese Art selbstironischer Identifikation sprengt bereits einfache Begründungen der Political Correctness, denen zufolge niemand von jemandem als »Neger« oder als »Nigger« bezeichnet werden darf bzw. die Begriffe überhaupt nicht mehr gebraucht werden dürfen.

Heute ist politisch korrektes Sprechen zu einer wirkmächtigen Praxis der Regelbefolgung geworden, die alle, die sich am öffentlichen Diskurs in liberalen Demokratien beteiligen, auf ihre Einhaltung zu verpflichten sucht.

Frontstellungen

Angesichts des großen Einflusses der Political Correctness gilt es mehr denn je, sie politisch-philosophisch und kulturtheoretisch einzuordnen. Zweifelsohne ist dies bereits oft geschehen.

Eine Vielzahl informativer, aber auch polemischer Beiträge zu diesem Thema belegt nicht nur das öffentliche Interesse an dem Phänomen, sondern auch, dass anscheinend unauflösbar Frontstellungen bestehen: Man ist entweder für Political Correctness oder gegen sie, dafür oder dagegen, und zwar jeweils ganz und gar.

Wir gehen in dem vorliegenden Essay davon aus, dass noch Neues über Political Correctness gesagt werden kann; dass man genauer über die Möglichkeit des *Dazwischen* nachdenken sollte; dass einiges von dem, was nicht neu ist, stärker in den Fokus gerückt werden sollte; dass der Streit um Political Correctness in liberalen Demokratien angesichts seiner historischen, multiperspektivischen und politisch-praktischen Dimensionen versachlicht werden sollte. Für all das muss man der Political Correctness analytisch und kritisch gerecht werden.

Man sollte sich nüchtern mit dem Phänomen auseinandersetzen, um den Streit, der zu einem Kulturkampf ausgewachsen ist, befrieden zu können und nicht in Frontstellungen zu verharren.

Die Sorge, selbst gecancelt, böswillig, falsch oder verkürzend zitiert oder irrtümlich dem einen oder dem anderen Lager in dem Streit um Political Correctness zugeordnet zu werden, hat zur Folge, dass manche versuchen, sich dem Streit so weit wie irgend möglich zu entziehen.

Wer dies als feige abtut, macht es sich zu leicht. Es mag sich nur um Einzelfälle handeln, in denen sich zu entziehen versucht wird, doch sind sie ein bedrohliches Anzeichen für die Debattenkultur in liberalen Demokratien.

Wir halten es für unabdingbar, ausgleichend an das Phänomen Political Correctness heranzutreten. Voreingenommene Leser werden einige unserer Ausführungen missverstehen wollen. Damit müssen wir leben und können es. Nicht über das Phänomen zu sprechen, ist eine schlechte Alternative, und zwar unter anderem deswegen, weil der Streit um Political Correctness mehr ist, als er auf den ersten Blick zu sein scheint. Er steht nämlich nicht nur für sich, sondern repräsentiert auch weitere polarisierende Konflikte, die zu Themen wie »Migration und Integration« und »Klimaschutz« schwelen, und denen man sich als Bürger kaum entziehen kann.

Der Streit um Political Correctness ist mehr als *ein* Streit um *ein* bestimmtes Thema. Political Correctness ist sowohl selbst ein Streitpunkt als auch ein Element anderer Streitpunkte. Der Streit um Political Correctness hat sich sogar zu einem Kulturkampf gemausert und ist selbst ein Bestandteil anderer Kulturkämpfe.

Jede weitere Eskalation des Streits birgt Gefahren in

sich: Denn wenn sich in einem Streit Widersacher unversöhnlich gegenüberstehen, dann fördert dies die Erosion einer der zentralen Fähigkeiten liberaler Demokratien, nämlich die Fähigkeit, politische Konflikte beizulegen, indem ein Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen geschaffen wird. Die Unversöhnlichkeit bedingt eine Entwicklung, die ordnungsgefährdend ist.

Befunde

Fünf Gründe sprechen dafür, sich heute eingehend mit Political Correctness zu beschäftigen:

1. Political Correctness ist praktisch bedeutsam. Sie ist nicht mehr nur ein akademisches Phänomen, nicht ausschließlich eine Sache für Spezialisten. Sie ist nicht mehr bloß das Thema einer esoterischen Subkulturszene. Sie ist nicht mehr bloß für ihre radikalen Befürworter und ihre radikalen Gegner relevant. Sie ist im Alltag auch derjenigen angekommen, die von dem Begriff »Political Correctness« womöglich noch nie gehört haben.

Regeln der Political Correctness wie die, dass Stellenausschreibungen geschlechtsneutral abzufassen sind, haben sich durchgesetzt. Die Missachtung der entsprechenden Regeln kann nicht nur moralische, sondern sogar juristische Folgen haben. Der Streit um Political Correctness ist nicht einer um ein Phantom. Political Correctness wirkt.

2. Der Bezugsrahmen von Political Correctness weitet sich immer mehr aus. Sie bezieht sich heute nicht mehr nur auf Regeln, mit denen festgelegt wird, wie gesprochen werden darf und wie gesprochen werden soll. Der Begriff

»Political Correctness« ist zu einem umfassenderen Begriff der Kulturkritik geworden.

Als Kultur begreifen wir im Folgenden die Gesamtheit impliziten und expliziten Wissens, das Mitglieder von Gemeinschaften und Gesellschaften abhängig von Raum und Zeit durch ihre soziale Praxis miteinander teilen. Es ist simultan Resultat und Voraussetzung der Praxis.¹

Vertretern der Political Correctness geht es nicht mehr bloß um Sprache, sondern auch um Handlungen, Lebensstile und sogar die Erinnerungskultur wie in dem Fall der Entfernung von Statuen aus dem Stadtbild. Es wird gefragt, ob man Statuen von Persönlichkeiten, die angeblich zu ächten sind, beseitigen soll; ob man so handeln soll, dass Figürliches nicht mehr zu sehen sein wird und nicht mehr angefasst werden kann.

Diese Ausweitung des Bezugsrahmens folgt einer umfassenden Kulturalisierung der Gesellschaft, mit der Kultur eindringlich reflektiert, bewertet und beurteilt sowie normativ und ästhetisch aufgeladen wird.² Immer mehr Bereiche des kulturellen Lebens werden einbezogen. Vor dem Hintergrund von Political Correctness werden Lebensstile hinterfragt, die zuvor nicht im Blickpunkt kultureller Kritik standen.

Manche halten es nun für angemessen, diejenigen, die Tierfleisch essen oder bestimmte Urlaubsorte aufsuchen, dahingehend anzugreifen, dass sie sich nicht politisch korrekt verhalten würden. Inzwischen kann man anscheinend nicht nur politisch inkorrekt sprechen, sondern auch politisch inkorrekt handeln.

3. Political Correctness wird immer intoleranter umzusetzen versucht. Sie drängt grundsätzlich gesehen darauf,